

„Bahn von unten“

Seite -2-

Information zum Solidarfonds

Seite -3-

Für umfassende Demokratisierung

Seite -4-

Linkes Blatt DIE LINKE.

12. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

23. Juni 2008

Sachverständige kritisieren Hartz IV

Anhörung bestätigt Reformbedarf

Am 16.06.2008 standen im Ausschuss Arbeit und Soziales des Bundestages 3 Anträge zur Existenzsicherung durch das SGB II - bekannt als Hartz IV - zur Debatte mit externen Sachverständigen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE fordert, den Regelsatz auf 435 Euro anzuheben, die Fortschreibung dieses Wertes an den Lebenshaltungskosten auszurichten sowie die Übernahme der Kosten für besondere Mehrbedarfe zu regeln. Zwei Anträge von Bündnis 90/Die Grünen gingen in eine inhaltlich ähnliche Richtung.

Die Stellungnahmen der eingeladenen Expertinnen und Experten bestätigen teilweise die Kritik der LINKEN an der Leistungshöhe und begründen sehr detailliert, warum der Regelsatz sogar gegenüber der gültigen Rechtslage zu gering ausfällt. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Sachverständige Irene Becker weisen auf massive Mängel des so genannten Statistikmodells - mit diesem Verfahren wird der Regelsatz ermittelt - hin. Technische Details der Berechnungen sollen hier nicht ausgeführt, aber ein resümierender Satz soll zitiert werden: „In der

Regelsatzverordnung von 2004 nahmen diese Eingriffe (der Regierung) Formen an, die, in der Sache z.T. nicht mehr nachvollziehbar, das alleinige Ziel des Begrenzens von Leistungsansprüchen und Ausgaben kaum mehr kaschierten“ - so der Paritätische. Vom Ergebnis her bestätigt der Paritätische die Forderung der LINKEN nach einer Regelsatzhöhe von 435 € als „sachgerecht“. Wohlgemerkt: Diese Forderung ergibt sich bereits aus einer sachgerechten Umsetzung des geltenden Rechts.

Um die derzeitige Abwärtsspirale von Niedriglöhnen und Grundversicherungsniveau zu stoppen, sei neben der Erhöhung der Regelsätze auch ein gesetzlicher Mindestlohn zu fordern - so der Vertreter des DGB in der Anhörung. Ein Mindestlohn verhindert weitgehend, dass vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer ergänzend Hartz IV beziehen müssen.

Fast durchgängig wird in den Stellungnahmen der Anpassungsmechanismus der Leistungen kritisiert. Derzeit wird der Regelsatz durch eine statistische Erhebung - die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe EVS - ermittelt, die le-

diglich alle fünf Jahre vorgenommen wird. Zwischenzeitlich orientiert sich die Anpassung der Regelleistung an der Entwicklung in der Rentenpolitik. Dies mag in den 90er Jahren noch ein geeigneter Maßstab gewesen sein, in der Zwischenzeit ist aber die Entwicklung des aktuellen Rentenwerts politisch reduziert worden, so dass kaum noch Steigerungen stattfinden. Dies bedeutet eine massive Entwertung des realen Werts. Das Bundesministerium selber gesteht in einem Bericht zu, dass seit 2003 ein Werteverlust von 5 Prozent stattgefunden hat - allerdings ohne daraus einen Handlungsbedarf abzuleiten. Fast alle Stellungnahmen kritisieren daher den Anpassungsmechanismus massiv. So schreibt etwa der Sozialgerichtstag: „Die jährliche Anpassung der Höhe der Regelleistung gem. § 20 (4) S.1 SGB II an die Entwicklung des aktuellen Rentenwerts ... ist sachwidrig“.

Die Verbände und Sachverständigen fordern daher - ebenso wie die LINKE - die Orientierung an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

Weiter auf Seite -2-

„Bahn von unten“

Am 02.07.08 wird das Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt Uwe Heft, Fraktion DIE LINKE, gemeinsam mit Vertretern der Initiative „Bahn von unten“ ab 18:00 Uhr im Domstadtkino Merseburg, König-Heinrich-Str. 7b, an einer Podiumsdiskussion zur Kapitalprivatisierung der DB AG teilnehmen.

Die gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt und Uwe Heft DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt basiert auf folgenden Thesen:

Angemessene und ausreichende Leistungen im öffentlichen Verkehr, einschließlich dem Schienenpersonennah- und fernverkehr sind integraler Bestandteil des Grundbedürfnisses auf Mobilität der Menschen in Sachsen-Anhalt.

Die Deutsche Bahn AG (DB AG) hat dem Art. 87e Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland folgend, dem Allgemeinwohl der Bevölkerung zu dienen. Dieses Interesse kann mit einem börsennotierten und nicht mehr der öffentlichen Kontrolle unterliegenden Unternehmen nicht umgesetzt werden.

Als Einführung wird der Dokumentarfilm „Bahn unterm Hammer“ von Hurdolor Lorenz und Leslie Franke, ca. 72 Min, aufgeführt.

Der Film zeigt die zwei Gesichter der Bahn - glitzernde Bahnhofswelten mit First-Class-Service einerseits und verfallene Gleisanlagen, gnadenlos überfüllte Züge und neuwertige Loks und Waggons vor der Schrottpresse andererseits. Vor der Kamera sprechen Unternehmer, deren Städte bzw. Firmen von der Schiene abgehängt wurden. Präsentiert wird der triste Alltag im britischen Schienenverkehr. Präsentiert werden auch die Argumente prominenter Befürworter des Bahnbörsengangs und die Gegenposition von Bahnexperten. Der Film wird die Geschichte und die Hintergründe dieser wohl folgenreichsten Entscheidung der deutschen Bahn beleuchten. Seine Dramaturgie folgt den letzten entscheidenden Schritten und Auseinandersetzungen. Bei all dem richtet der Film stets sein Augenmerk auf die entscheidende Frage:

Wird die deutsche Bahn demnächst dem privaten Kapitalmarkt mit seinen Hedgefonds überlassen oder wird eine Bürgerbahn in öffentlichem Eigentum den Interessen von Bahnkunden und Steuerzahlern besser gerecht?

Daran anschließend folgt eine von Wolfgang Geuitjes, Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt, moderierte Podiumsdiskussion mit dem verkehrspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE. Uwe Heft und dem Aktivist der Initiative „Bahn von unten“ Hans-Gerd Öfinger, der zum Thema auch im „Neuen Deutschland“ Artikel veröffentlicht.

Angefragt sind weiterhin Winfried Wolf, Mitautor des Films und der Vorsitzende der GdL Mitteldeutschland, Hartmut Schäfer.

Die Veranstaltung ist für die Teilnehmer kostenfrei!
Wolfgang Geuitjes

Sachverständige kritisieren Hartz IV

Fortsetzung von Seite -1-

Das soziokulturelle Existenzminimum darf nicht durch unzureichende Anpassung noch weiter gesenkt werden.

Im Zentrum der Stellungnahmen und der Anhörung stand der Bedarf von Kindern und Jugendlichen. Die Forderung nach einer eigenständigen Bedarfsbemessung wird ebenso wie die Kritik an dem bestehenden Verfahren - die Leistungshöhe wird als Prozentsatz vom Erwachsenenregelsatz abgeleitet - als „sachfremd“ zumeist geteilt (DGB, Deutscher Sozialgerichtstag e.V., Parität, BAGFW; Deutscher Verein, Irene Becker). Kalkulationen aus den Stellungnahmen des DGB sowie von Irene Becker zeigen, dass der Kinderbedarf deutlich höher angesetzt werden muss als bisher. „Die heutige Festsetzung des Regelsatzes [für Kinder und Jugendliche]... lässt eine auch nur annähernd überzeugende Festsetzung von - wenn auch nur pauschal - festgelegten Regelleistungen für die Personengruppen nicht erkennen“ - so wiederum der Sozialgerichtstag.

Die Pauschalisierung der Leistungen ist zu weit gegangen. Die Annahme, dass Leistungsbeziehende ansparen könnten, um besondere einmalige Bedarfe zu finanzieren, ist eine Illusion. Es bedarf insofern insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen der Anerkennung von Sonder- und Einmalbedarfen sowie der Einführung einer generellen Öffnungsklausel in das SGB II.

Von Andreas Aust,
www.linksfraktion.de

Der Anfang ist gemacht

Am 7. Juni fand das 1. Fest der LINKEN in Halle statt. Auf der Wiese des "Kleinen Thalia Theaters" fanden sich im Laufe des Tages 100 Genossinnen und Genossen sowie Interessierte ein, um bei Kaffee und Kuchen bzw. Bier und Bratwurst das einjährige Bestehen unserer Partei zu feiern. Petra Sitte, unsere Bundestagsabgeordnete, berichtete ausführlich über ihre Arbeit in der Bundestagsfraktion. Das Jugendkabarett „Die Kiebitze“ traten zwei Mal auf und Live-Musik gab es von Wittenbecher.

Viele Genossinnen hatten selbstgebackenen Kuchen mitgebracht, der gegen eine Spende zu Gunsten von Cubasi angeboten wurde, insgesamt brachte der Kuchenbasar 175 Euro ein. Allen Genossinnen und Genossen, die Kuchen gebacken oder an der Vorbereitung mitgewirkt haben, ein herzliches Dankeschön. Dass die Resonanz nicht so groß war wie erwartet, beschäftigte den Stadtvorstand in seiner Sitzung am 18. Juni. Eines steht fest, auch im nächsten Jahr werden wir unser Fest der LINKEN in Halle am 1. Juniwochenende feiern, über den Ort und wie wir die Öffentlichkeitsarbeit verbessern können, bitten wir alle Basisorganisationen mit zu beraten.

Information zum Solidarfonds

Der Solidarfonds besteht seit September 1999 beim Stadtvorstand unserer Partei.

In ihn zahlen freiwillig und regelmäßig Personen ein, die für unsere Partei bzw. Stadtfraktion Mitglied in Aufsichtsräten oder anderen kommunalen Gremien sind und dafür eine Aufwandsentschädigung erhalten. Der Solidarfonds unterstützt auf Antrag beim Stadtvorstand insbesondere Aktionen im sozialen und Jugendbereich, wie z. B. das Jugendblasorchester, den „Zug der Erinnerung“ oder das jährliche Straßenfest des BBZ.

An jedem Projekt beteiligen wir uns mit maximal 250 €, sofern wir als Unterstützerin mit benannt werden bzw. wir uns aktiv daran beteiligen.

Damit ist also auch ein klein wenig Öffentlichkeitswirksamkeit der LINKEN in Halle verbunden.

In diesen Fonds zahlen auch vereinzelt weitere GenossInnen ein und selbstverständlich nehmen wir auch jeden noch so kleinen Beitrag gern entgegen, um weiterhin Vereine in ihrem Wirken zu unterstützen.

Marion Krischok
Schatzmeisterin

Buchtipp:

Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland

Antisemitismus zählt zu den relativ unveränderten Einstellungen eines großen Teils der deutschen Bevölkerung. Ohne die Hartnäckigkeit vieler Akteure beim Kampf um die Zurückdrängung des Antisemitismus wäre die Lage in Deutschland noch viel dramatischer.

In der Bekämpfung von Phobien verschiedenster Art - vom Rassismus bis zur Ausländerfeindlichkeit - nimmt der Kampf gegen Antisemitismus einen unverwechselbar eigenständigen Platz ein, der nicht relativiert werden darf.

In diesem Band werden die lange Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte von Antisemitismus in Deutschland, aber auch aktuelle Aspekte dieses Phänomens beleuchtet.

In einem zweiten Teil stehen die Referate und ausgewählte Diskussionsbeiträge der Antisemitismus-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 11. Januar 2007 im Zentrum.

Im Dokumententeil wird die »Working Definition of Antisemitism« veröffentlicht, die allen in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus Engagierten eine Orientierung bietet.

Texte 46 der Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten, Broschur, mit 6 Abbildungen (Nachlass Frieda Engel)
ISBN 978-3-320-02142-9

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
19.06.2008
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 03.07.2008

DIE LINKE. Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Für umfassende Demokratisierung

Zur vorgelegten Studie „Ein Blick in die Mitte“ und den diesbezüglichen Äußerungen des Innenministers Holger Hövelmann erklärt Matthias Höhn, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE und bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion:

„Wieder einmal wurde der traurige Befund bestätigt: Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind gesellschaftlich breit verankert und schon lange kein Randproblem mehr. Und wieder einmal wurde auch bestätigt: Demokratieverdrossenheit fördert diese Entwicklung und spielt der organisierten Rechten in die Hände.

Es ist dem SPD-Landesvorsitzenden und Innenminister Hövelmann

zuzustimmen, wenn er davon spricht, Demokratie müsse immer wieder verteidigt und mit Leben gefüllt werden.

Wenn er allerdings erklärt, die Möglichkeiten demokratischer Teilhabe würden vielfach gering geschätzt, dann ist das bestenfalls die halbe Wahrheit und hilft daher kaum weiter.

Tatsache ist, dass in den letzten Jahren immer mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger beschnitten oder aber demokratische Entscheidungsprozesse auf bürokratischem Wege ausgehebelt wurden und werden. Genau dies aber fördert Demokratieverdrossenheit.

Die Verfasser der Studie sprechen

sich für eine umfassende Demokratisierung - etwa in Bildung und Wirtschaft - aus. Das findet unsere volle Unterstützung. Die tagtägliche Realität ist aber leider eine völlig andere. Gerade in diesen Bereichen schwindet der Einfluss der Betroffenen, also z.B. der Studierenden, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zusehends.

Hövelmanns Vorschlag, eine aktive Gedenkkultur zu einem festen Bestandteil der Bildungspolitik zu machen, geht in die richtige Richtung. Die Vorstellung allerdings, man könne damit überzeugte Rechtsextreme, Hövelmann nennt sie ‚nationalistische Schreier‘, für die Demokratie zurückgewinnen, geht leider an der Realität vorbei.“

Gleichstellungspolitisches Motto der CDU - Lieber morgen als heute

Dazu erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Birke Bull: „Ein Beratungsgegenstand der heutigen Sitzung des Sozialausschusses war ein Antrag der Fraktion DIE LINKE, der die rechtliche Gleichstellung von verpartnerten Beamtinnen und Beamten sowie von Richterinnen und Richtern forderte.

Unsere Fraktion forderte darüber hinaus die unverzügliche Anpassung sämtlicher landesrechtlicher Regelungen zur Erreichung der Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft.

Das Verhalten der CDU in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Soziales lässt sich nur mit „lieber morgen als heute“ beschreiben. Dabei stünde einer Anpassung des Landesrechts nichts im Wege. Die Vertreter der CDU blie-

ben eine Erklärung für ihre Verzögerungstaktik schuldig.

Damit schiebt die CDU das Pro-

blem auf die lange Bank, anstatt sich für eine schnelle Bearbeitung einzusetzen.“

Flughafen Leipzig-Halle

Der 4. Senat des Bundesverwaltungsgerichtes verhandelt am 15./16. Juli d. J. in Leipzig erneut über die Nachtfluggenehmigung für Frachtflüge auf dem Flughafen Leipzig-Halle.

Passagiermaschinen ist in Leipzig - Halle von 22.30 Uhr bis 5.30 Uhr starten und landen verboten.

Bürgerinitiativen reicht das nicht aus, sie fordern weitergehenden Lärmschutz unter anderem auch durch eine Begrenzung des Nachtflugs für Frachtmaschinen sowie der Aktivitäten des Militärs auf dem Flughafen Leipzig-Halle.

(Linkes Blatt berichtete am 28. April 2008 ausführlich).

Die LINKE in Leipzig und in Halle ist

* für die Reduzierung des Fluglärms bei Nachtflügen,

* gegen die Nutzung des Flughafens zu militärischen Zwecken, z.B. bei der Unterstützung des Irak-Krieges.

G.Nau

Zur Erinnerung

An Che Guevara, der am 14. Juni 2008 80 Jahre alt geworden wäre:

Ernesto Rafael Guevara de la Serna, genannt Che Guevara

(geb.: 14. Juni 1928 in Rosario, Argentinien; gest.: 9. Oktober 1967 in La Higuera, Bolivien)

Leben

Ernesto Guevara wurde am 14. Juni 1928, während einer Schiffsreise bei einem Zwischenhalt in Rosario geboren.

Auf Grund von Asthmaanfällen konnte der Junge nicht auf die Schule gehen und wurde stattdessen zuhause von seiner Mutter unterrichtet. Schon früh wurde er politisch geprägt. Als 1936 der spanische Bürgerkrieg ausbrach, wurde ihr Haus zum Treffpunkt spanischer Republikaner. Ernesto hörte mit großem Interesse ihren Erzählungen zu und spielte den Kriegsverlauf mit seinen Freunden nach. Guevara, eigentlich ein Abkömmling einer vermögenden Familie, zog es lieber vor mit den Armen der Umgebung zu verkehren. Er lud sie häufig zu sich nach Hause ein, um mit ihnen zusammen Mittag zu essen. So lernte er die Zustände kennen, in denen die Unterschicht leben musste.

1946 bestand er seine Abiturprüfung und musste sich für ein Studienfach entscheiden.

Er beschloss, Arzt zu werden und schrieb sich an der Universidad Nacional de Cordoba Air das Fach Medizin ein.

Am 11. April 1953 legte er sein letztes Examen ab und informierte seine Eltern über seinen Abschluss. Im Sommer 1955 lernte er Fidel Castro kennen, der nach seiner Haftentlassung nach Mexiko ins Exil gegangen war. Guevara schloss sich zunächst als Expeditionsarzt der Gruppe an und bekannte sich

offen zum Kommunismus. Während der Kubanischen Revolution änderte sich die Rolle von Che schnell von der eines Arztes zu einem direkten Teilnehmer bei bewaffneten Aktionen. Sein entschlossener Einsatz und sein taktischer Überblick ließen ihn schnell zu einer wichtigen militärischen Instanz werden. Als erster Guerillero wurde Che am 21. Juli 1957 in den Rang eines Comandante der Rebellenarmee erhoben.

Als seine größte militärische Leistung gilt die Einnahme von Santa Clara am 29. Dezember 1958. Nach zweijährigem Guerillakampf gegen die zahlenmäßig weit überlegene und von den USA unterstützte Batista-Armee in den Bergen der Sierra Maestra konnten die Rebellen schließlich nach Santa Clara vordringen und auch der Weg in die Hauptstadt Havanna war frei.

Nach dem Sieg wurde Guevara Industrieminister und wichtiges Mitglied in der neuen kubanischen Regierung, welche schnell wesentliche Reformen durchführte. Auf dem Höhepunkt seiner politischen Aktivität in Kuba war Guevara Leiter der Nationalbank.

Che wurde von seinen Anhängern Aufopferungsbereitschaft und ein unbedingter Willen, die Revolution voranzutreiben, nachgesagt, wobei er als Vorbild dienen wollte. So half er beispielsweise regelmäßig bei freiwilligen Arbeitseinsätzen und lehnte jegliche Vergünstigungen für sich und seine Familie ab. Um die Revolution weltweit zu verbreiten,

verließ Guevara Kuba und widmete sich in verschiedenen Entwicklungsländern dem revolutionären Guerillakampf.

Im Kongo und in Bolivien versuchte er seine theoretischen Ansätze und praktischen Erfahrungen anzuwenden.

Das kubanische Engagement in Südamerika in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre ging auf das Betreiben Che Guevaras und Fidel Castros zurück. Zunächst war Peru als nächster Einsatzort gedacht, doch gingen kubanische Kämpfer 1966 schließlich nach Bolivien, um dort zusammen mit den streikenden Bergarbeitern im Westen Boliviens eine Revolution aufzubauen und durchzuführen. Es gelang ihnen letztlich aber nicht, die verarmten Bauern im bolivianischen Hochland für ihre Sache zu gewinnen. Als der Kampf scheiterte, bestand die Gruppe um Che Guevara nur noch aus 14 Mann. Er selbst wurde am 8. Oktober 1967 nach einem Gefecht mit Regierungstruppen bei La Higuera verwundet und zusammen mit Simeon Cuba Sarabia gefangen genommen und einen Tag später von Mario Terán, einem Feldwebel der bolivianischen Armee, ohne Gerichtsverhandlung erschossen. Nach der Ermordung sollte die Leiche Che Guevaras spurlos beseitigt werden. Ihr wurden beide Hände entfernt, um eine Identifizierung auszuschließen. Che Guevara wurde auf dem Flugplatz im etwa 30 Kilometer entfernten Vallegrande heimlich begraben.

(Quelle: Internet)

Rentenpolitik

DIE LINKE.

Klaus Ernst – Michael Schlecht
Nummer 6 – Juni 2008
DIE LINKE Parteivorstand – Berlin

Alternative zu Armutsrenten

DIE LINKE fordert:

- Rente sofort um vier Prozent erhöhen.
- Rente soll wieder mit Löhnen steigen (Streichung der Dämpfungsfaktoren).
- Aufwertung von Zeiten mit niedrigem Einkommen in der Rente.
- Längere Zahlung von Arbeitslosengeld I (hat positive Auswirkungen auf Rente).
- Mehr Rentenbeiträge für Bezieher von Arbeitslosengeld II.
- Keine Zwangsverrentung.
- Altersteilzeitförderung verlängern.
- Umbau der Rente zur Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen.
- Ausbildungszeiten höher bewerten.
- Ost-Renten schnell angleichen.

Die Renten würden dadurch massiv steigen. Der erreichte Lebensstandard wäre im Alter sicher. Viele würden Hoffnung schöpfen. Auch die, die heute wegen Niedriglöhnen oder Lücken im Erwerbsleben Angst vor Altersarmut haben. Besonders Frauen hätten mehr Rente als heute.

Wir wollen gute Arbeit, gute Löhne und gute Renten. Weg mit Armutslöhnen und Armutsrenten. Langjährig Versicherte sollen mindestens eine Rente über der Grundsicherung haben. Auch wenn sie ein Leben lang „nur“ zum Mindestlohn gearbeitet haben.

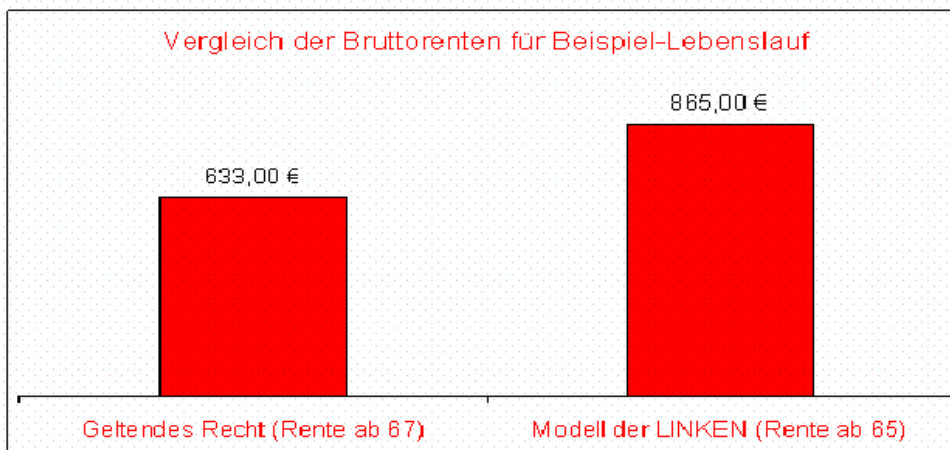
Fazit: Das Rentenkonzept der LINKEN ist ein Programm für alle.

Mindestlohn + Rentenprogramm der LINKEN = Armutsfeste Rente

Beispiel-Lebenslauf (Berufseinstieg: 2008):

17. – 20. Lebensjahr:	Betriebliche Ausbildung
21. – 30. Lebensjahr:	Erwerbstätig Vollzeitstelle (Verdienst: Mindestlohn)
31. – 33. Lebensjahr:	Elternzeit
34. – 35. Lebensjahr:	Erwerbstätig ½ Stelle (Verdienst: Mindestlohn)
35. – 60. Lebensjahr:	Erwerbstätig Vollzeitstelle (Verdienst: Mindestlohn)
Ab 60. Lebensjahr:	¾ Stelle (Verdienst: Mindestlohn)

Vergleich der Bruttorenten für Beispiel-Lebenslauf



Neue Beitragstabelle vom Bundesparteitag bestätigt

Auf dem Bundesparteitag wurde die Beitragstabelle, die im Fusionsvertrag vereinbart wurde, in Kraft gesetzt.

Monatliches Nettoeinkommen		Monatlicher Beitrag
unter	400 Euro	1,50 Euro
über	400 Euro bis 500 Euro	3,00 Euro
über	500 Euro bis 600 Euro	5,00 Euro
über	600 Euro bis 700 Euro	7,00 Euro
über	700 Euro bis 800 Euro	9,00 Euro
über	800 Euro bis 900 Euro	12,00 Euro
über	900 Euro bis 1.000 Euro	15,00 Euro
über	1.000 Euro bis 1.100 Euro	20,00 Euro
über	1.100 Euro bis 1.300 Euro	25,00 Euro
über	1.300 Euro bis 1.500 Euro	35,00 Euro
über	1.500 Euro bis 1.700 Euro	45,00 Euro
über	1.700 Euro bis 1.900 Euro	55,00 Euro
über	1.900 Euro bis 2.100 Euro	65,00 Euro
über	2.100 Euro bis 2.300 Euro	75,00 Euro
über	2.300 Euro bis 2.500 Euro	85,00 Euro
darüber: 4 Prozent des Nettoeinkommens		

Beiträge sind die wichtigste Finanzierungsquelle unserer Partei. Auch in Zukunft gilt, die Beitragstabelle: „ist der Orientierungsrahmen für die Entrichtung des Mitgliedsbeitrages. Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der Tabelle ohne Nachweispflicht selbst ein und legt seinen Mitgliedsbeitrag selbst fest. Je unterhaltsberechtigtes Familienmitglied kann eine Beitragsstufe niedriger gewählt werden. Weitere gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen mindern das Nettoeinkommen um den jeweiligen Unterhaltsbetrag. Der so festgelegte Mitgliedsbeitrag gilt als satzungsgemäß. Der für die jeweilige Einkommensspanne angegebene Betrag des Mitgliedsbeitrages gilt jeweils als Mindestanforderung für die Entrichtung des Beitrages.“

Für die Beitragszahlung an die Europäische Linke ist zu beachten:

„Jedes Mitglied entrichtet zusätzlich zu seinem Mitgliedsbeitrag einen Beitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL). Die Höhe dieses Beitrages wird vom Mitglied selbständig festgelegt und beträgt mindestens 0,50 Euro je Monat. Mitglieder mit einem monatlichen Nettoeinkommen bis 700 Euro sind von der Zahlung des EL-Beitrages befreit. Der Mitgliedsbeitrag für die EL wird als Jahresbeitrag erhoben.

Der Mitgliedsbeiträge werden in Verantwortung des Landesvorstandes, vornehmlich durch Banklastschrift vom Konto des Mitglieds, eingezogen. Für Mitglieder, die sich noch nicht entschließen konnten, für die Beitragszahlung eine Einzugsermächtigung zu erteilen, besteht nach wie vor die Möglichkeit, den Beitrag in Bar bei seiner Basisorganisation oder in der Geschäftsstelle zu bezahlen. Auch

eine Überweisung auf unser Konto Nummer 1 934 700 600 bei der SEB Bank Leipzig (Bankleitzahl 860 101 11) ist möglich. Der Stadtverband bittet alle Mitglieder, die ihren Beitrag noch bar entrichten, über die Erteilung einer Einzugsermächtigung nachzudenken. Auch bitten wir Euch, in regelmäßigen Abständen zu überprüfen, ob der Beitrag angepasst werden muss. Ein wichtiges Prinzip in unserer Partei ist, dass Beiträge solidarisch, nach Einkommen gestaffelt sind. Damit soll es jedem Mitglied unabhängig von seinem Einkommen ermöglicht werden, an der politischen Arbeit teilzunehmen.

Alle Fragen rund um die Beitragszahlung beantwortet die Geschäftsstelle gern, sie ist jeden Dienstag von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr und mittwochs von 14:00 Uhr bis 19:00 Uhr besetzt.

Der Stadtverband führt zur Zeit je Mitglied und Monat 8,50 Euro an den Landesvorstand ab, damit werden die politische Arbeit des Landesverbandes, die Regionalgeschäftsstellen und Mitarbeiter der Partei finanziert. Der Stadtverband finanziert seine Arbeit aus den verbleibenden Beiträgen und Spenden. Spenden verbleiben in vollem Umfang im Stadtverband. Der Stadtverband bittet deshalb alle Mitglieder, denen es möglich ist, auch regelmäßig zu spenden. Mit den Spenden finanzieren wir z.B. das „Linke Blatt“ und Veranstaltungen des Stadtverbandes. Gespendet werden kann bei jeder Basisorganisation, aber auch per Überweisung auf unser Konto.

Swen Knöchel